Anfragen zum Plenum

in der 23. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Renate Ackermann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf doppelte Staatsbürgerschaft, gegliedert nach Herkunftsländern, wurden jeweils in den letzten fünf Jahren mit welchem Ergebnis gestellt, welche Richtlinien, Vorschriften, Anordnungen, Hinweise oder Ähnliches hat die Staatsregierung zur doppelten Staatsbürgerschaft erlassen?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist ihr bekannt, dass die Notarztversorgung in Rottenburg an der Laaber gefährdet ist und ist sie nicht auch der Meinung, dass das Vergütungssystem für Notärzte wieder insofern verbessert werden muss, dass es sich künftig für Notärzte wieder rentiert, Einsätze zu fahren und was tut die Staatsregierung konkret, um eine bessere finanzielle Ausstattung für Notärzte zu erreichen und damit negativen Auswirkungen des neuen Abrechnungsverfahrens entgegenzuwirken und eine Verbesserung der Notarztversorgung, insbesondere im ländlichen Raum, zu erreichen?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob es im Einklang mit der Interpretation des Art. 56 Abs. 5 Satz 3 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) steht, dass bei wiederholter Feststellung des Gebrauchs eines Mobiltelefons Einbehaltungszeiten dieses Handys durch Lehrkräfte der Staatlichen Fachoberschule und Berufsoberschule Fürth (Max-Grundig-Schule) bis zu vier Wochen angeordnet und vollzogen werden und dabei datenschutzrechtliche Vorschriften (Auslesen von SMS und Telefonkontakten) während der Einbehaltungszeit durch Lehrkräfte möglicherweise verletzt werden oder gibt es für die praktische Handhabung der Umsetzung des Tatbestandes und der Rechtsfolgen des Art. 56 Abs. 5 BayEUG von der Staatsregierung festgelegte Richtlinien?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie errechnen sich die vorgenommenen Rückerstattungszahlungen der betroffenen Kabinettsmitglieder zur sog. Verwandtschaftsaffäre, gab es Rückerstattungen im Bereich der Sozialversicherungen, wenn nein, wieso nicht?

Prof. Dr. Georg Barfuß
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ist die Tätigkeit von Abgeordneten oder beurlaubten Beamten zur Ausübung einer Tätigkeit bei Fraktionen des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags sowie bei Parteien oder Wählervereinigungen und für eine Tätigkeit bei kommunalen Vertretungskörperschaften oder bei kommunalen Spitzenverbänden in einer dienstlichen Beurteilung zu beurteilen, da diese Zeit der Beurlaubung oder Freistellung nach Art. 15 Abs. 4 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 des Leistungslaufbahngesetzes (LbG) als Dienstzeit gilt und sind diese Beamten – auch im Status der Abordnung oder Beurlaubung – zum jeweiligen Stichtag in die periodische Beurteilung nach Art. 56 LbG einzubeziehen?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ob gegen Uli Hoeneß, wie Medien berichteten, tatsächlich ein Haftbefehl vorliegt, der außer Vollzug gesetzt wurde und falls dies der Fall ist, gegen welche Auflagen dieser außer Vollzug gesetzt wurde und wie diese Auflagen insbesondere im Hinblick auf Reisen in Länder, die nicht dem Schengener Abkommen unterliegen, aussehen?

Margarete Bause
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele nach dem derzeitigen Rechtsstand ausreisepflichtige afghanische Personen befinden sich aktuell in Bayern, bei wie vielen wird die Ausreise nicht betrieben bzw. betrieben (bitte jeweils die Gründe angeben)?

Dr. Thomas Beyer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass in der Burgmauer der Burg Veldenstein über Neuhaus an der Pegnitz in dem Bereich, in dem diese Burgmauer in der Nacht vom 27. Mai auf dem 28. Mai 2013 abgebrochen ist, bereits vor drei Jahren Risse festgestellt wurden, wenn ja, aus welchen Gründen hat das Staatliche Bauamt Erlangen-Nürnberg seitdem jegliche Sanierungsmaßnahmen unterlassen und schließlich, weshalb sind trotz der nach eigener Aussage des Staatlichen Bauamtes „bei der letzten Besichtigung Ende letzten Jahres“ festgestellten „Vergrößerung des Risses“ irgendwelche Sicherheits- und Schutzmaßnahmen für die anliegende Bevölkerung unterblieben?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Zuschussmöglichkeiten (Bund, Land, Kommunen..., z.B. Bildungsfinanzierungsgesetz 2013?) gibt es in Bayern für Jugend- bzw. Schulsozialarbeit an Grundschulen, mit welchen Fördersätzen und für welche Förderzeiträume?

Gudrun Brendel-Fischer
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit ist der Denkmalschutz in die Ertüchtigung der sogenannten Pegnitzbrücken entlang der Bahnstrecke Nürnberg – Bayreuth eingebunden und inwieweit hält die Staatsregierung es für sinnvoll, diesbezüglich denkmal-schutzpflegerische Aspekte so stark zu gewichten, dass Bahninvestitionen deutlich verteuert werden und sich zudem zeitliche Verzögerungen ergeben?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie vor dem Hintergrund der bereits stattgefundenen rechtsextremistischen Veranstaltungen in der durch Mitglieder der neonazistischen „Kamerad-

schaft München“ angemieteten Immobilie in München-Obermenzing (diese bitte einzeln und detailliert auflisten) die Einschätzung des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz (BayLfV), wonach es möglich sei, „dass sich dort ein neues 'Zentrum' der rechtsextremistischen Szene im Großraum München etablieren könnte“, welche Schritte wurden eingeleitet, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Kontakte der Bewohnerinnen und Bewohner der rechtsextremen Wohngemeinschaft in München-Obermenzing bzw. der sonstigen Mitglieder der neonazistischen Gruppierung „Kameradschaft München“ zum Umfeld der NSU-Unterstützer und dabei insbesondere zu Maik Eminger, dem Bruder des Angeklagten André Eminger?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie sind nach den Anmeldungen für das kommende Schuljahr die Übertrittsquoten für die Mittel-, Realschulen und Gymnasien in Bayern, wie haben diese sich gegenüber dem Vorjahr verändert und wie sind die Übertrittsquoten für die einzelnen Regierungsbezirke?

Anne Franke
(GRU)

Nachdem bekannt wurde, dass der Vorstand der Bayerischen Staatsforsten AöR Reinhardt Neft, der für 22 der 41 Staatsforstbetriebe zuständig ist und mit 232.000 Euro/Jahr äußerst üppig entlohnt wird, neben seiner großen Fülle an Führungsaufgaben, die er gemäß der Anfrage des GRÜNEN-Abgeordneten Dr. Christian Magerl und laut Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 8. Mai 2013 zumindest bezüglich der Naturschutzkonzepte für die Forstbetriebe bisher nicht zeitnah erfüllte, Zeit für Nebentätigkeiten fand, frage ich die Staatsregierung, ob sie plant, das Bayerische Beamtengesetz und die Bayerische Nebentätigkeitsverordnung dahingehend zu ändern, dass bei solch hochdotiertem Führungspersonal Nebentätigkeiten verboten werden, ob der Vorstand am Gewinn der Bayerischen Staatsforsten beteiligt ist und wann endlich mit einem Naturschutzkonzept für den Bereich östlich des Starnberger Sees zu rechnen ist?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Entscheidungsgrundlagen zur Finanzierung der Beratung von Flüchtlingen in zentralen Einrichtungen und in dezentralen Einrichtungen kommen jeweils zur Anwendung, welche finanziellen Mittel werden jeweils zur Verfügung gestellt und welche Träger können und werden jeweils mit der Aufgabe der Beratung beauftragt?

Ulrike Gote
(GRU)

Nachdem der „Nordbayerische Kurier“ am 18. Mai 2013 von der Eröffnung des Besucherinformationszentrums Markgräfliches Opernhaus Bayreuth durch den Staatsminister der Finanzen, Dr. Markus Söder, berichtete frage ich die Staatsregierung, welche Personen zu dieser Eröffnung eingeladen waren (bitte komplette Auflistung der Einladungsliste mit jeweiliger Funktion der Eingeladenen), warum die lokalen Abgeordneten der GRÜNEN, SPD, FW und FDP nicht eingeladen waren und ob die Staatsregierung diese Einladungspraxis des Staatsministers der Finanzen

für korrekt im Sinne des Protokolls und der mit dem Landtag im Ältestenrat für derartige Termine vereinbarten Regeln hält?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Mitglieder der Staatsregierung zahlten an ihre angestellten Verwandten im Beschäftigungsverhältnis Sonderzulagen, Jahresprämien oder Bonuszahlungen jedweder Art, wenn ja, in welcher Höhe, gab es Gehaltsanpassungen oder Vertragsänderungen, wenn ja, in welcher Form?

Eike Hallitzky
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie kam die Summe von 21.000 Euro Zuschuss pro Klasse und Jahr bei gleichzeitigem Schulgeldverzicht zustande, in welchen Schulen reicht der geplante Klassenzuschuss nicht aus, um die tatsächlichen Kosten zu decken (sodass ein Defizit entsteht, das durch Schulgeld nicht mehr ausgeglichen werden kann) und weshalb werden die Berufsfachschulen für Kinderpflege nicht mit den Fachakademien für Sozialpädagogik und den Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe mit einem Sockelbetrag in Höhe von 21 Prozent der pauschalierten Lehrpersonalkosten gleichgestellt?

Joachim Hanisch
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit wird bei der Verteilung der Budgets an die Polizeipräsidien den in den letzten fünf Jahren gestiegenen Energiekosten Rechnung getragen, in welchen Polizeiinspektionen (namentliche Aufführung) gibt es etatisierte Internet- bzw. Drogenpräventionsbeamte und wie oft besuchen diese wie die Verkehrspolizei Schulungen?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie lange war die Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christine Haderthauer, als Teilhaberin, Mitgeschäftsführerin oder Geschäftsführerin an der Firma Sapor beteiligt (Angabe der Jahreszahlen von Beginn bis Ende der jeweiligen Periode), für welche Summe wurde ihr Anteil von ihr an ihren Ehemann veräußert und wie viele Modellautos wurden jeweils im Zeitraum der Teilhabe und bzw. oder (Mit-)Geschäftsführung von Staatsministerin Christine Haderthauer pro Jahr von den Bezirkskrankenhäusern Ansbach und Straubing an die Firma Sapor verkauft?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, sieht sie Chancen, dass auf österreichischer Seite der Erhalt der Korridorvignette erreicht werden kann, welche Schritte wurden oder werden noch von ihr in dieser Hinsicht unternommen und wie kann nach ihrer Einschätzung die Bevölkerung von Lindau vor den negativen Auswirkungen des erhöhten Verkehrsaufkommens geschützt werden, sollte das Ziel nicht erreicht werden?

Christine Kamm
(GRU)

Da im dritten Jahr nach Fukushima immer noch das Teilfachkapitel „Nutzung der Windenergie“ des Regionalen Planungsverbandes Augsburg-Nord ohne absehbare konkrete Ergebnisse beraten wird, frage ich die Staatsregierung, ob das derzeit noch gültige, alte Teilfachkapitel „Nutzung der Windenergie“ bei Klagen von Investoren rechtlich Bestand hätte und ob die angedachte großräumige Ausklammerung des Nördlinger Rieses inklusive eines weitreichenden „Tabubereichs“ neben dem Nördlinger Ries den

energiepolitischen Zielsetzungen der Landesregierung entspricht und bis wann mit den längst angekündigten Maßnahmen wie dreidimensionaler Errechnung und Darstellung der Windhöflichkeit im Windatlas, Sichtbeziehungsanalyse Nördlinger Ries, Kullissenplanung Naturpark Westliche Wälder sowie Abschluss der Fortschreibung des Teilfachkapitels „Nutzung der Windenergie“ im Regionalplan Augsburg Nord gerechnet werden kann?

Natascha Kohnen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Aufgabengebiete hatten die betroffenen Kabinettsmitglieder zur sog. Verwandtschaftsaffäre für ihre angestellten Familienmitglieder im Detail definiert, welche Summe wurde für Fortbildungen ausgegeben und mit welcher Frist wurde gekündigt (bitte mit Angabe des Datums der Frist und des Kündigungszeitpunktes)?

Ulrike Müller
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Weise unterstützt das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit die ca. 200 rinderhaltenden Bauernfamilien im Allgäu, für deren Betriebe durch die Verwendung des Gamma-Interferon-Bluttestes (BOVIGAM®-Test) teilweise monatelange Betriebssperrungen verhängt wurden, welches Ergebnis erbrachten die parallel durchgeführten Blutuntersuchungen in verschiedenen Instituten und wie hoch ist der Anteil an fraglichen PCR-Untersuchungsergebnissen bisher (bitte aufgeschlüsselt nach Datum der Probenziehung bzw. Gesamtzahl der jeweiligen Proben und Anteil an fraglichen Ergebnissen)?

Thomas Mütze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Grundschullehrerinnen und -lehrer haben sich in Unterfranken auf eine Planstelle im laufenden und kommenden Schuljahr beworben, wie viele davon haben eine Planstelle oder einen befristeten Vertrag erhalten und wie viele Grundschullehrerinnen und -lehrer sind, nachdem sie keine Planstelle erhalten haben, im laufenden Schuljahr aus dem bayerischen Schuldienst ausgeschieden?

Mannfred Pointner
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie wirken sich die neuen Einwohnerzahlen durch den Zensus 2011 in den Jahren 2011 bis 2014 auf die Zahlungen Bayerns im Rahmen des Länderfinanzausgleichs aus und in welcher Art und Weise werden die Zensuszahlen ab dem Jahr 2011 im kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt?

Markus Reichhart
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie kann auch bei Rückgang der Schülerzahlen die flächendeckende Versorgung mit öffentlichem Personennahverkehr – ÖPNV – (vor allem im Bereich Busverkehr) im ländlichen Raum in Bayern aufrechterhalten werden, wenn gleichzeitig die staatlichen Fördermittel für den ÖPNV (im Bereich Busverkehr) seit Jahren rückläufig sind und beabsichtigt die Staatsregierung eine Art demografischen Faktor für den Ausgleich bei sinkenden Fördermitteln bereitzustellen?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann genau datieren die jeweiligen Arbeitsverträge der betroffenen Mitglieder der Staatsregierung mit ihren Verwandten und Familienangehörigen im Zusammenhang mit der sog. Verwandtschaftsaffäre (Datum Arbeitsvertrag), wie war der Beschäftigungsumfang (Teilzeit bzw. Vollzeit) im

Detail definiert und wie hoch belaufen sich die jeweiligen Bruttogehaltssummen (Arbeitgeberbrutto) der angestellten Familienmitglieder jeweils pro Beschäftigungsjahr?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen und Resultate mit der Beratung der Vermieterin der durch Mitglieder der neonazistischen „Kameradschaft München“ angemieteten Immobilie in München-Obermenzing durch die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) verbunden waren bzw. sind, wie sich der Austausch bzw. die Kooperation mit der Landeshauptstadt München und dem Polizeipräsidium München gestaltet und welche Erkenntnisse die Staatsregierung über eine Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner der rechtsextremen Wohngemeinschaft in München-Obermenzing bzw. der sonstigen Mitglieder der neonazistischen Gruppierung „Kameradschaft München“ an den wiederholten Anschlägen in München auf die Geschäftsstelle des Bayerischen Flüchtlingsrats, das Büro der Anwältin Angelia Lex, die im NSU-Prozess die Witwe des Opfers Theodoros Boulgarides vertritt, und auf ein Wohnprojekt in der Ligsalzstraße hat?

Franz Schindler
(SPD)

Da sich im Rahmen der Untersuchungen des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU“ auch Hinweise auf Aktivitäten des Ku-Klux-Klan in Bayern ergeben haben, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr hierüber bis heute vorliegen, welche Maßnahmen zur Beobachtung dieser Aktivitäten ergriffen worden sind und ob in diesem Zusammenhang V-Personen oder sonstige Quellen, gegen die wegen politisch motivierter Straftaten ermittelt worden ist oder wird, tätig waren oder sind?

Kathrin Sonnenholzner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Landkreise zahlen als freiwillige Leistung Zuschüsse für die Elterngebühren der Mittagsbetreuung an Grundschulen bis 14.00 Uhr bzw. für die verlängerte Mittagsbetreuung mit qualifizierter Hausaufgabenbetreuung?

Christine Stahl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie genau lautet ihre Anweisung, nach welcher die Insassen der Inn-Salzach-Klinik ihre persönlichen Computerpasswörter herausgeben müssen, aus welchem Grund wurde diese Anweisung erlassen und warum wurde der mit den Insassen ausgehandelte Kompromiss, die Daten mit Passwort auf einen USB-Stick zu speichern, zurückgezogen?

Christa Steiger
(SPD)

Nachdem nach Presseberichten auf dem Gelände des Klinikums rechts der Isar ein Forschungszentrum entstehen soll, frage ich in diesem Zusammenhang die Staatsregierung, ob der Standort alternativlos ist und wenn ja, warum denkt man nicht daran, die in verschiedenen Masterplänen vorgesehenen Verbesserungen für die Patientenversorgung dort umzusetzen?

Susanna Tausendfreund
(GRU)

Vor dem Hintergrund der aktuellen Berichterstattung zum Fall der in einer Haftzelle der Polizei geschlagenen und schwerverletzten jungen Frau in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 1. Juni 2013, in der darüber berichtet wird, dass bei den Ermittlungen gegen

Theresa Z. wegen angeblichen Kontakten in die Drogenszene geführt, auch Handy-Kommunikationsdaten und Inhalte zwischen ihr und einem Pressevertreter ausgeforscht wurden, frage ich die Staatsregierung, auf welcher Rechtsgrundlage dieser im Pressebericht genannte erhebliche Eingriff in die Pressefreiheit erfolgte, welche Inhalte samt Begründung der zugrundeliegende Antrag und der Beschluss zur Überprüfung der Kommunikationsdaten und Inhalte hatten und welche Erkenntnisse die Ermittlungsbehörden dabei gewinnen wollten bzw. gewonnen haben?

Hans Joachim Werner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Situation bei dem Ingolstädter Generatorenhersteller Cummins, bei dem einem bereits erfolgten Personalabbau weitere Verlagerungen von Produktion nach Rumänien mit entsprechender Gefährdung des gesamten Standortes Ingolstadt folgen sollen und sieht die Staatsregierung eine Möglichkeit, Gespräche mit der Unternehmensleitung aufzunehmen, um nach Lösungen zum Erhalt des Standortes mit seinen noch vorhandenen Arbeitsplätzen zu suchen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass mit der Schließung des Standorts ein für das Gelingen der Energiewende nützliches Know-how verloren zu gehen droht?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, teilt sie den Standpunkt des Bayerischen Landesjugendamtes, dass Vereinen die Erlaubnis zur Führung von Vereinsvormundschaften u.a. nur dann erteilt werden kann, wenn bei persönlicher Betreuung der Vormundschafts- bzw. Pflegschaftsfälle ein Betreuungsschlüssel von höchstens 1 : 30 pro Vollzeitstelle eingehalten wird, wie beurteilt sie die Ankündigung des Bayerischen Landesjugendamtes gegenüber der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Regensburg e.V., ihr trotz anerkannt hoher Qualitätsstandards die Anerkennung als vormundschaftsführenden Verein entziehen zu wollen, weil je Vollzeitstelle durchschnittlich 40 Fälle von Vormundschaften betreut werden, und wie verträgt sich diese Vorgehensweise nach Ansicht der Staatsregierung damit, dass dann ein Wechsel zu Amtsvormundschaften vorgenommen werden müsste und dass bei den Jugendämtern ein Betreuungsschlüssel von 1 : 50 anerkannt ist?

Ludwig Wörner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist es zutreffend, dass von den im Kernkraftwerk Gundremmingen A insgesamt angefallenen 1.028 abgebrannten Brennelementen nicht – wie von der Staatsregierung in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage auf Drs. 16/16718 angegeben – 188 abgebrannte Brennelemente in die zentralen Zwischenlager nach Gorleben und Ahaus verbracht wurden, sondern stattdessen sämtliche 1.028 abgebrannten Brennelemente zur Compagnie Générale des Matières Nucléaires (COGEMA), zur British Nuclear Fuels plc (BNFL), zu EUROCHEMIC, zum Central Mellanlager für använt Kärnbränsle (CLAB) sowie zur Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe verbracht wurden, und falls die Angabe der Staatsregierung doch zutreffen sollte, wann und von wo wurden die von der Staatsregierung angegebenen 188 abgebrannten Brennelemente in die zentralen Zwischenlager nach Gorleben und Ahaus verbracht?

Isabell Zacharias
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann sind die Rückerstattungszahlungen der betroffenen Kabinettsmitglieder zur sog. Verwandtschaftsaffäre auf den Konten des Freistaats Bayern eingegangen (genaues jeweiliges Eingangsdatum), wie hoch waren die jeweiligen Erstattungssummen, welches betroffene Kabinettsmitglied hat bis zum 3. Juni 2013 noch keine Rückzahlung vorgenommen?